

gegen Ende des Vorjahres geführte Streik der Drucker und Schriftsetzer der großen Zeitungsbetriebe von New York. Die Arbeiter verlangten die Einführung der 44-Stunden-Woche bei erhöhtem Lohn. Die Unternehmer lehnten sich mit den Verbandsvorständen ins Endernehmen, und beide zusammen bekämpften die Streiker und deren lokale Führung bis aufs Messer. Dieser unabhängige Kampf war um so bemerkenswerter, als gerade die Arbeiter des Buchdruckergewerbes auch in Amerika zu den konservativsten Gewerkschaftlern gehörten.

In demselben Tempo, in dem die Radikalisierung der American Federation of Labor, die immer noch hauptsächlich die Interessenvertretung der gelernten Handwerker ist, vor sich geht, schließen sich trotz aller Säntanen und Verfolgungen die ungelerten Arbeiter, besonders die Landarbeiter, die Wanderarbeiter, die Holzfäller der Waldbezirke des Nordwestens in der F. W. W. zusammen. Und in verschiedenen Gegenden des Landes haben sich beide Gewerkschaftsrichtungen bereits mehrfach zu gemeinsamen Aktionen zusammengefunden.

Geradezu glänzend bewährte sich diese Annäherung und Zusammenarbeit in dem großen Generalstreik der Gewerkschaften von Seattle, Staat Washington. Schon längst hatten es die westlichen Gewerkschaften abgelehnt, die F. W. W. zu bekämpfen und zu denunzieren. Als nun die Maschinisten und anderen Arbeiter der Kriegswerften auf die Einhaltung der ihnen von der Regierung gemachten Lohnverpflichtungen bestanden und sich gezwungen sahen, in den Ausstand zu treten, hatten sie die gesamte Arbeiterschaft auf ihrer Seite. Der Generalstreik wurde proklamiert und restlos durchgeführt. Und ob auch der bisher als „arbeiterfreundlich“ geltende Bürgermeister über „Bolschewismus“ geterrt, konnte doch kein Milkshagen, kein Milkmoogen passieren, wenn er nicht die Aufschrift trug: „Mit Genehmigung des Streikkomitees.“ Die lebenswichtigen Arbeiten wurden durch niemand anders als die Beauftragten des Streikkomitees geleistet. Abgebrochen wurde der Streik, als Bundesmilitär und Staatstruppen in Seattle einrückten.

Die aufblühende Propaganda hat sogar schon unter den farbigen Arbeitern Platz gegriffen. Ueberflüssig zu sagen, daß die geradezu groteske Bolschewistenfurcht der herrschenden Klassen in direktem Zusammenhang mit der Radikalisierung der Arbeiterbewegung steht. Und doch schreitet, trotz aller Verfolgungen und Hetzereien, die revolutionäre Bewegung in Amerika über die Iwerge hinweg, die sich ihr in den Weg stellen. Wohl schmachten ein Debs, eine Kate O'Gare und Tausende Namenloser noch in den Kerker des Landes der Freien und der Gerechtigkeit der Tapferen. Wohl sind bereits weitere Opfer gezeichnet, um ihnen zu folgen. Aber die Bewegung geht ihren unaufhaltbaren Gang. Aus ihren eignen Reihen werden die Steigbügelhalter der Reaktion gerichtet. Selbst ein Sam uel Com pers, der noch im Juni in Atlantic City gar kräftig gegen den „Bolschewismus“ in Amerika wetterte, mußte dieser Tage zu seinem Leidwesen erfahren, daß er seiner eignen Zigarrenmachergewerkschaft zu reaktionär ist. Sie erwählte ihn zum ersten Male nicht mehr zu ihrem Vertreter für den Allgemeinen Gewerkschaftskongreß. Lennon vom Herrenschneiderverband, O'Connell vom Maschinistenverband und eine ganze Reihe anderer Gewerkschaftsbeamten haben ihren Abschied auf ähnlich trostlose Weise erhalten. Vorläufig läßt freilich Herr Compers noch fest im Sattel. Er selbst aber weiß wohl am besten, wie unsicher es auch in Amerika mit der Zukunft des zünftlerischen Gewerkschaftsgedankens bestellt ist.

Lokomotivkauf durch Sowjetrußland. Wie ein drahtloses Telegramm aus Moskau meldet, sind 200 Lokomotiven, die die russische Sowjetregierung in den Vereinigten Staaten angekauft hat, in Neval eingetroffen.

Englischer Hafenarbeiterstreik. Am Montag sind zehntausend Hafenarbeiter in Hull in den Ausstand getreten. In London ist in den Schiffbauwerkstätten eine beinahe allgemeine Ausperrung erfolgt, wodurch bereits sehr große Verluste eingeleistet wurden.

Zwei Kulturen.

Von Dr. Gorki.

Überall und immer hat die Geschichte den Menschen vom Lande und den Stadtmenschen als zwei psychologisch ganz verschiedene Typen gezogen, wobei diese Verschiedenheit sich immer mehr vertieft, denn mit der Schmelzbarkeit des Achilles drängt die Stadt vorwärts, das flache Land aber ist nicht behender als die Schildkröte.

Der Dorfbewohner, das ist ein Individuum vornehmlich zoologischer Art, ein Wesen, das in harter Arbeit von den ersten Frühlingstagen bis in den Spätherbst harrt, schafft, um den größeren Teil davon zu verkaufen, den Kindern zu verzeihen in den Tagen der verdammten, unbarmherzig kalten Winter.

Sein Zweifel — herrlich ist im Sommer, der äpygen Heizer lebendig Gold — aber im Herbst, wenn das Gold verschwunden, liegt die Erde wieder nackt und entblößt da, wieder fordert sie harte Arbeit, wieder laugt sie fruchtlos die Energie des Menschen aus.

Dieser Mensch ist ganz — innerlich und äußerlich — von den Noturnächten getrieben, er kämpft nicht gegen sie, sondern poht sich ihnen bloß an. Die epheueren Resultate seiner Arbeit röhren ihm keine Nahrung vor sich selber, vor seinen schmerzlichen Füßgelenken ein — sie können es nicht. Vor allem, was er schafft, bleibt auf der Erde nur Stroh und seine dunkle, erge, frohgedeckte Hütte zurück.

Die Arbeit des Bauern ist allzu schwer, und ihre Schwierigkeit, verbunden mit ihrem häufigen Ergebnis, vertieft besonders — und das ist ganz natürlich — in der Seele des Bauern den dunklen Instinkt des Eigentums, macht ihn fast unerschütterlich. Diesem Instinkt vermag die Lehre kaum beizukommen, noch der des irdischen Sündenfall gerade der Bestie und nicht der böse Streich gewesen, den der Teufel und Eva dem einsittigen Adam gespielt.

Wenn von Kultur der Bourgeoisie gesprochen wird, denke ich gerade an die Kultur des Dorfes — wenn man bloß diese beiden Begriffe — Kultur und Dorf — vereinigen kann, die in ihrem geistigen Wesen fast nicht vereinbar sind. Die Kultur, das ist der Streich der Schöpfung von Ideen, ihre Verkörperung in Gestalt von Büchern, Maschinen, wissenschaftlichen Instrumenten, Gemälden, Bauwerken, Monumenten — in Gestalt verschiedener Gegenstände, welche, indem sie die Kristallisation von Ideen darstellen, als Kanon anderer Ideen wirken und quantitativ wachsen.

Wahlvorbereitungen.

Die Aufstellungen der Kandidaten für die Wahlen zum Reichstag sind überall in vollem Gange. Bei den Demokraten hat es den Anschein, als ob die alten Vertreter fast überall wieder aufgestellt werden. Ebenso bei den übrigen bürgerlichen Parteien. Anders bei den Rechtssozialisten. Dort macht sich die erhebliche Mißstimmung gegen die Männer des Reichstages durch das Bestreben geltend, die prominentesten Vertreter dieser Anschauungsweise in der Vertretung zurückzuführen zu lassen. Bezeichnend dafür sind die Vorgänge auf einer Kreisversammlung der Rechtssozialisten in Köln, wo der Abgeordnete Sölmann, selbst zwar einer — allerdings der jüngeren Vertreter — des Reichstages der Rechtssozialisten, sich dagegen ausdrückte, daß Heine und Koste, deren Verdienste er ausdrücklich anerkannte, auf die Reichsliste übernommen werden. Wenn sich für sie zur Zeit kein Wahlkreis im Lande finde, sollten sie vorübergehend ihre Kräfte außerhalb des Parlaments betätigen. Die Reichsausschließung der Heine, Koste ist also durchaus kein grundsätzliches Aufgeben der von ihnen bisher betriebenen Politik, sondern nur ein wahlstatistisches Mandat, um dem Widerwillen der Masse gegen diese an der offenen Reaktion schuldigen Politik Rechnung zu tragen.

Auch in dieser Unabhängigen Sozialdemokratie wird in diesen Tagen überall die Aufstellung der Kandidaten vorgenommen. Im Wahlkreis Leipzig stehen an erster Stelle: Friedrich Weber, Feix Seeger, Richard Wipinski; im Wahlkreis Dresden-Zittau Hermann Meißner; im Wahlkreis Plauen-Ghemnitz Hermann Jädel-Derlin, August Chemnitz und Rudolph Plauen.

Die Kandidatur Crispian.

An die Tatsache, daß der Genosse Crispian bei der Aufstellung im Niederrhein mit 80 Stimmen an fünfter Stelle auf die Liste gekommen ist, knüpfen verschiedene Wähler irrtümliche Bemerkungen. Demgegenüber stellen wir fest, daß Crispian in Niederrhein gegen seinen Willen und ohne seine vorherige Zustimmung vorgeschlagen worden ist. Er hatte bereits vorher erklärt, daß er in diesem Kreise eine Kandidatur nicht annehmen würde und hat sie jetzt erneut abgelehnt.

Wahlen zum Thüringer Landtag.

Dem „Julentag“ zufolge werden die Wahlen zum Thüringer Landtag am selben Tage stattfinden wie die Wahlen zum Reichstag, also am 2. Juni.

Niederlage der Opposition der sächsischen Rechtssozialisten.

Der Landesparteitag der sächsischen Rechtssozialisten hat mit einer völligen Niederlage der von Chemnitz ausgehenden Opposition geendet. Der Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ faßt das Ergebnis dieser Tagung zusammen als einen glänzenden Sieg der Regierungsozialisten und meint, die Vertreter der radikalen Chemnitzer Richtung seien vollständig an die Wand gedrückt worden. Diese Auffassung ist durchaus richtig, wie aus den Beschlüssen der Konferenz hervorgeht. Durch eine vertrauliche Sitzung war der Boden vorbereitet, auf dem der abgekannte Ministerpräsident Gradnauer eine Rede halten konnte, in der er erklärte, daß die viel angefeindete Koalitionspolitik mit den linksstehenden bürgerlichen Parteien heute eine unabwehrbare Notwendigkeit sei, wenn man an der Demokratie festhalten bestrebt ist. Es müsse die Aufgabe der Rechtssozialisten sein, die bürgerliche Parteien nicht zurückzutreten, sondern mehr und mehr in unser Fahrwasser hineinzuziehen. Die Partei habe die Aufgabe, aus einer Agitationspartei eine Staatspartei zu werden. Auch nach den Wahlen müsse die Koalitionspolitik weiter getrieben werden. Durch eine einstimmig angenommene Resolution wird die Volkstammerversammlung beauftragt, in Gemeinschaft mit den Parteimitgliedern bei der Bildung des Gesamtministeriums Männer zu berufen, die sich verpflichten, die demokratisch-sozialistischen Grundzüge rückhaltlos zur Durchführung zu bringen. Ferner wurde ebenfalls fast einstimmig beschlossen, die rechtssozialistische Fraktion zu beauftragen, der Volkstammer den ehemaligen Minister Rud als Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Rud erklärte sich zur Übernahme des Amtes bereit und be-

weirte, nach dem Verzicht des „Doktors“, daß er die Politik Gradnauers für richtig halte und nicht gewillt sei, eine Vermischung der Aktionsausschüsse, wie sie sich in den Rapp-Tagen besonders im Voglande und im Erzgebirge gebildet haben, in die behördlichen Beschlüsse irgendwie zu gestalten und er auch Bereitwilligkeit hat, für diese Aktionsausschüsse unbedingte Abgaben zu leisten.

Nach dem Vorliegen ausführlicher Berichte werden wir auf die Bedeutung dieser Tagung noch zurückkommen.

Der Dänholm.

Ein Umschlagsplatz für die Putzkisten.

Das Reichswehrministerium bemüht sich immer von neuem, die vor Stralsund liegende kleine Insel Dänholm dem allgemeinen Interesse und der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu entziehen. So bestritt das Reichswehrministerium kürzlich, daß sich auf der Insel Dänholm Baltikumtruppen befinden. Er vermag dabei nur zu bemerken, daß diese Baltikumtruppen in Stärke von 2000 Mann allmählich von der Insel abtransportiert worden und in ein Munsterlager überfiedelten. Dänholm spielt in der Tat eine eigenartige Rolle in den Plänen der reaktionären Putzkisten und verdient höchste Aufmerksamkeit. Fast alltäglich treffen dort einzelne Soldaten, Truppenenteile, Formationen, Geschütze und Batterien ein, werden „abgewickelt“ und verlassen die Insel wieder mit neuem Ziel.

Dem Reichswehrministerium scheint das Treiben, das sich dort abspielt, nicht ganz unbekannt zu sein, denn es versucht von vornherein die Öffentlichkeit zu beruhigen. Es gibt schon jetzt bekannt, daß in den nächsten Tagen neue Batterien vom ober-schlesischen Grenzschutz nach der Insel Dänholm zurückgezogen werden. Von dem einen Beziehungen, die zwischen der Insel Dänholm und dem Munsterlager bestehen, meldet aber vorsichtigerweise das Reichswehrministerium nichts. Wir müssen ihm deshalb geraten, daß die Insel Dänholm einer der wichtigsten Umschlagsplätze der militaristischen Putzkistenorganisation ist. Dort werden die Formationen neu geformt und zum Teil nach Königsberg oder ins Munsterlager oder auch nach Westfalen abtransportiert. Es ist bezeichnend für den Ernst und die Aufrichtigkeit, mit denen der Reichswehrminister den Putzkisten der Militärs entgegenarbeitet, daß er selbst sich dazu hergibt, durch solche Nachrichten die Pläne der Putzkisten zu verschleiern.

Die Verbündeten der nationalistischen Reaktion.

Der Landtag der Provinz Sachsen hatte sich dieser Tage mit der Neuwahl des Landeshauptmannes zu befassen. Von der U. S. P.-Fraktion war Genosse Bod, Redakteur des „Volksblattes“ in Halle a. S., vorgeschlagen worden, von den Deutschnationalen der bisherige Inhaber des Postens, Freiherr von Wilmsowki. Gewählt wurde der Deutschnationale, und zwar mit 72 Stimmen gegen 63, die auf Genossen Bod entfielen. Da die deutschnationale Fraktion nur über 55 Sitze verfügt, während unsere Genossen, Rechtssozialisten und Demokraten 84 Vertreter besitzen, haben also die Demokraten geschlossen für den Deutschnationalen gestimmt.

Das ist ein recht lehrreicher Vorgang für alle die, so in diesen Demokraten zuverlässige Gegner der deutschnationalen Putzkisten sehen und darum noch ein Bündnis sozialistischer Parteien mit ihnen für erlaubt halten. Was sich hier im Kleinen abgespielt hat, wird sich einst im großen wiederholen, wenn es um die letzte Entscheidung zwischen Proletariat und Reaktion, zwischen Sozialismus und Klassenherrschaft geht. Das Proletariat ist und bleibt auf die eigene Macht angewiesen. Das „demokratische“ Bürgertum flüchtet in entweichenden Augenblicken in die Arme des Partei bezug weissen Terrors.

Italienische Wanderung an Sowjetrußland. Ein italienischer Kreuzer ist in Nowo-Rossisk angekommen. Der Befehlshaber erklärt im Auftrage seiner Regierung vorzugehen, um die Entfaltung amtlicher Beziehungen zwischen Italien und Rußland anzubahnen.

longenitische Kreise gehen, die ganze Welt immer weiter umspannen, bemüht, die geheimen Ursachen aller ihrer Erscheinungen zu erfassen und aufzudecken.

Eine solche Kultur schafft das Dorf nicht, und es schafft sich auch keine anderen Denkmäler, als in Wortgehalt, in Form des Märchens, des Liedes, des Sprichwortes. Ja, während ist das einwärtige Lied des Dorfes, seine Legende, doch keine Steine erweisen, aber Steine lassen sich durch die Nieder nicht erweisen, Menschen auch nicht. Ohne Zweifel — auf dem Lande gibt es viel wehmütige Poesie, und sie legt uns auf Grund der Empfindsamkeit, aber unermesslich bedeutsamer an Wofen und Umfang ist die Prosa des Dorfes, seine noch unmaßstäbliche Prosa. Die Dorfthemen sind allgegenwärtig bemerkbar im stetigen Drama des Alltagslebens des Bauern.

Im Vergleich zur passiven, halblosen Psyche des alten Dorfes erscheint das städtische Bürgertum auf gewisser Entwicklungsstufe als ein überaus wertvolles schöpferisches Element, als jene scharfe Säure, die durchsagen dem angehen ist, die schäblicher Weise, in der Tat aber eiserne Seele des Bauern aufzulösen. Die Tadelheit des Dorfes kann nur durch die Wissenschaft und durch sozialistische Großbetriebe besänftigt werden. Man muß eine ungeheure Zahl landwirtschaftlicher Maschinen bauen, sie allein werden den Bauern überzeugen, daß Eigentum eine Reize ist, durch die er wie ein Tiger gefressen wird, daß es ihm geistig unvorstellbar ist, daß unvernünftige Arbeit unproduktiv ist, und daß nur durch Wissenschaft disziplinierter, von Kunst veredelter Mensch ein glücklicher Bauer sein kann auf dem Wege zur Freiheit und Glück.

Die Arbeit des Städtlers ist mehrschichtig mannigfaltig, unermesslich, ewig. Aus Gedächtnis zu Jochen umgestaltet, baut der Städtler Paläste und Tempel, aus formlosen Klumpen von Eisen er schafft er Maschinen von erstaunlicher Kompliziertheit. Er hat bereits die Kräfte der Natur seinen hohen Zielen unterworfen gemacht, und sie sind ihm dienbar wie die Dämonen der orientalischen Mächten dem Weisen, der sie mit der Macht seiner Vernunft geknechtet hat. Der Stadtbewohner hat um sich her eine Atmosphäre von Rationalität geschaffen, er sieht immerfort seinen Willen in der Mannigfaltigkeit wunderbarer Dinge veräußern, in tausenden von Büchern, Bildern, die mit dem Wort und dem Binsel die majestätischen Qualen seines frohbegehrigen Geistes, Träume und Hoffnungen, Liebe und Haß auf ewig festhalten — seine gewaltig große Seele, in der unauflöslich der Durst nach neuen Ideen, Handlungen, Formen brennt.

Und selbst von der Politik des Staates getrieben, ist der Städtler dennoch innerlich frei, — gerade durch die Macht dieser geistigen Freiheit gestützt er und schafft Formen des sozialen Lebens.

Ein Mensch von Tat, hat er sich ein quodam gespanntes, aber — schönes Leben geschaffen. Er ist der Erreger aller sozialen Krankheiten, Entartungen, der Schöpfer der Grausamkeit, der Abge der Gesundheit, aber — er ist es auch, der jenseits des Kosmos geschaffen, das ihm gestattet, mit so quodamer Deutlichkeit die geringsten Bewegungen seines ewig unbefriedigten Geistes zu erblicken. Er hat in seiner Mitte Jünger der Wissenschaft, der Kunst, der Technik gezogen — Jünger und Weise, die unermesslich diese Grundlagen der Kultur festigen und entwickeln.

Ein großer Sünden an seinem Nächsten und vielleicht ein noch größerer an sich selbst, ist er ein Großmärtler seiner Verdienste, die, indem sie ihn töten, immer neue Freuden und Leiden des Daseins erzeugen.

Sein Geist ist der verfluchte Wanderer, er wandert immerzu, wandert in die unerlöste Zukunft, irgendwohin dem Herzen des Nordosts zu oder in die Leere des Weltalls, die er vielleicht berufen ist mit der Emanation seiner Energie zu erfüllen, indem er etwas schaffen wird, was der Vernunft des heutigen Tages unangänglich ist.

Für den Intellekt ist die Kultur an und für sich wichtig, unabhängig von den Ergebnissen, ist der Intellekt an sich vor allem ein Phänomen der Kultur, die komplizierte, geheimnisvolle Erscheinung der Natur, das Organ ihrer Selbsterkenntnis.

Dem Instinkt sind nur die willkürlichen Resultate der Kultur wichtig, bloß das, was das höhere Wohl des Daseins erhöht, wenn es auch erniedrigende Abge ist.

Deshalb sollen die Intellektuellen jetzt, wo unvermeidlich die erregten Instinkte des Dorfes mit der intellektuellen Kraft der Stadt in Kampf treten müssen, die Frucht der jahrhundertlangen Tätigkeit des intellektuellen Elements, den Arbeiter mit eingeschlossen, in Gefahr gerät, genützt, im Entwicklungsprozeß gekemmt zu werden, ihr gewohntes Verhältnis zum Dorfe einer Revision untergeben.

Es gibt nicht Volk, es gibt nur Klassen. Die Arbeiterklasse war höher die Schöpferin materieller Werte, heute will sie lebendigen Anteil nehmen an der geistigen, intellektuellen Arbeit. Die unweisen Dorfbeamten wollen um jeden Preis ihre Position als Bandeigentümer heiligen, — andere Beamte lassen sie nicht an den Tag.

Ge'gebung im Eiltempo.

Von der k'gemeinen Ortkrankenlasse der Stadt Berlin wird uns geschrieben:

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungs-tr'gern Gro'berlins, in welcher die Landesversicherungsanstalten Berlin und Brandenburg, die Reichsversicherungsanstalt f'r Angestellte und die gro'en Gewerkschaften der Reichsversicherungs-gesetzgebung und der Krankenversicherung in Gro'berlin, d. h. die Vereinigung berufsgenossenschaftlicher Verwaltungen f'ur Gro'berlin und Potsdam, vertreten sind, hat sich am 26. April 1930 mit einem Gesegentwurf 'ber den Zusammenhalt von Tr'gern der Reichsversicherung zum Zwecke gemeinsamer Wohlfahrtspflege und 'ber Regelung des Unfallverfahrens besch'ftigt und ist zu dem einsch'gigen Ergebnis gekommen, da' das Gesetz Bestimmungen enth'lt, die als unzureichend und ungew'hnlicher Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Versicherungs-tr'ger zu verzeichnen sind. Diese Bestimmungen sind geeignet, die Arbeits-treue der Versicherungs-tr'ger zu er'ben.

In gleicher Weise sind eine Reihe von anderen Gesetzen auf dem Gebiete der Sozialversicherung vorzulegen und sollen m'glichst noch von der Nationalversammlung verabschiedet werden, ohne da' die Organe der Versicherungs-tr'ger und vor allem die Versicherer, wie ihre Organisa-tionen in irgend ausreichender Form geh'rt worden w'ren.

Gegen diese Art einer K'nderung der sozialen Versicherung m'ssen die schwersten Bedenken geltend gemacht werden. Auf keinen Fall d'rfen aber, wie zu bef'chten steht, Bestimmungen, welche eine 'b'nderung der Versicherungs-gesetze enthalten, in andere Gesetze aufgenommen werden.

Wie haben schon letztm die Prinzipien des Reichsarbeitsministe-riums in der Herstellung von Verordnungen und Gesetzen als eine gef'hrliche Methode gekennzeichnet. Entweder das Ministerium macht nach Anh'rung mit den interessierten Kreisen und Orga-nisationen einfach Verordnungen, oder es l'st die Gesetze in der Nationalversammlung im Eiltempo herstellen, ohne diesen Organisationen die M'glichkeit zu gr'ndlicher Mitarbeit bei der Vorbereitung der Entw'rf'e zu geben. Eine solche Gesetze-macherei aus dem Handgelenk ist in jedem Falle gerade bei der Bearbeitung des schwierigen Stoffes der Sozialgesetzgebung beson-derz verwerflich. Die Krankenkasse hat recht, wenn sie gegen eine solche Methode ihre Bedenken geltend macht. Gerade f'ur die dringende notwendige Reform der Versicherungs-gesetze ist eine Vereinigung beider Arbeitsmethoden anzustreben. Nach gr'nd-licher Vorbereitung in Gemeinschaft mit den interessierten Orga-nisationen mu' eine ebenso ernsthafte Behandlung in der Nationalversammlung folgen. In keinem Fall aber darf die in der Zuschrift der Ortskrankenkasse erw'hnte Sch'm'lerung des Selbstverwaltungs-rechts der Versicherungs-tr'ger zur Tatsache werden.

Zu besonderen Bedenken gibt der letzte Satz der Zuschrift An-la'z. Will man hier durch eine Unterdr'ckung von K'nderungen der Versicherungs-gesetze in anderen Gesetzen den Versuch zu einer U'berwindelung der Oeffentlichkeitsmeinung? Es wird die Aufmerksamkeit der Genossen in der Nationalversammlung sein, be-sonders aufmerksam darauf zu achten.

Internationale Solidarit'.

Da' sich die internationalen Beziehungen der Proletariat aller L'nder n'her und praktisch wieder f'hrter anbahnen, zeigt ein erstzuletzt besch'ltigtes Beschl'u's des Nationalkongresses von Moskau in den Vereinigten Staaten Amerikas. Von diesen Genossen ist an das Zentralkomitee unserer Partei ein Betrag von 2000 R. durch die Vermittlung der kommunistischen Revo-lution'rszeitung 'bermittelt worden zur Unterst'tzung notleidender Familien der Revolution'rsarbeiter.

Das Zentralkomitee hat diesen Betrag sofort dem Unter-sch'ftigen Aussch'u's des Zentralrats im chemisch-technischen Industriegebiet (A. D. des Genossen Paul Sauerwein, Bar-men, Nr. 287) 'berwiesen, wo die Summe sofort an die Opfer der Revolution zur Verteilung gelangen wird. Es ist selbst-verst'ndlich, da' die Verteilung ohne irgendwelche R'cksichten auf die Parteizugeh'rigkeit der Opfer vorgenommen wird.

Den Klassenbewu'ten Arbeiter Amerikas, die auf diese Weise ihrem Solidarit'atsgef'hl Ausdruck verleihen haben, sprechen wir herzlich den herzlichsten Dank aus. Ihre kleine Gabe wird mithelfen, die schrecklichen Wunden zu heilen, die der letzte Kampf

Vor den Intellektuellen der ganzen Welt, aller L'nder, steht heute die gleiche Aufgabe: ihre Energie der Klasse zur Ver-f'gung zu stellen, deren f'hrliche Eigenschaften die Weiterentwick-lung des Kulturprozesses gew'hrleisten und durchaus bef'htigt sind, das Tempo dieses Prozesses zu beschleunigen.

Die Vorbereitungen f'ur den Umbau der ehemaligen Krolloper zur Volksh'he am K'nigsplatz sind in Angriff genommen. Die Verteuerung der Baukosten macht die Durchf'hrung des Um-baus leider zu einer sehr kostspieligen Sache. Noch vor wenigen Monaten, als die Verhandlungen wegen 'bernahme des Hauses durch die Volksh'hen begannen, konnte damit gerechnet werden, da' zwei Millionen f'ur den Umbau ausreichen w'rdeten. Heute mu' mit einem Mehraufwand dieser Summe gerechnet werden. Die Volksh'he G. B. hat sich an die Stadt Berlin mit dem Gesuch um Erwa'erung eines gr'nderen Darlehens gewandt. Es darf wohl erwartet werden, da' die Stadtverwaltung dem Gesuch entspricht, da die Gr'ffnung eines nach den Grundf'gen der Volksh'he bewirtschafteten zweiten Theaters einem dringenden Bed'rfnis der geliebten Berliner Bev'lerung entspricht. Dar-neben rechnet die Volksh'he G. B. auf eine weitgehende finan-zielle Unterst'tzung durch ihre Mitglieder und Freunde, wie sie ihr schon bisher mehrfach zuteil wurde. Sie hat eine Anleihe im Gesamtbetrag von 2.100.000 Mark aufgelegt, die auf Teil-schuldenscheinreibungen in H'he von je 50, 100, 200, 500 und 1000 Mark verteilt ist. Den Zinsen dieser Teilschuldenschein-reibungen werden 5 Prozent Zinsen und eine Anleihe der Papiere im Laufe der n'chsten 25 Jahre verb'rgt. Die Volksh'he G. B. h'lt mit ihrem ganzen Verm'gen f'ur die Anleihe. Man darf wohl annehmen, da' weit mehr als die Bev'lerung die Gelegen-heit benutzen werden, um ihre Ersparnisse als Darlehen einem Werke zuzuf'hren, das von gro'her kultureller Bedeutung zu werden verspricht. Der Erwerb der Teilschuldenscheinreibungen kann im Vereinbureau, Simonsstr. 227, erfolgen. Da durch fr'here Einzahlungen eine Summe von mehr als einer Million im 'erweiterungsfonds' der Volksh'he G. B. angelammelt ist, ist damit zu rechnen, da' die Aufbringung der Mittel die Durchf'hrung des Projektes nicht gef'hrdet wird. Die Pl'ne f'ur den Umbau werden von dem Erbauer des Theaters am K'nigsplatz, dem Architekten Oscar Kaufmann, entworfen.

Im kleinen Schauspielhaus wurde die 'farthaus-Kom'die' von Heinrich Gautsack zum 100. Male gegeben. Lucie H'lich und Illa Gr'ning, Pr'ckl und Erich Lubitz in ihre wieder f'hrliche Wirkung aus, die ihr seit der ersten Auff'hrung beim Publikum, allen k'ntlichen Widerst'nden zum Trotz, ihren

im Aufgebiet mit sich gebracht hat. Es wird den k'ntlichen Vereitern im K'mpf neuen Mut und neue Kraft geben, da' in den gro'en K'mpfen, denen das Proletariat entgegengeht, die Internationale ein wirklicher Machtfaktor sein wird, den Sozia-lismus aller L'nder zum Siege zu f'hren.

Der erste Mai ist der Tag des sozialistischen Proletariats.

Gegen Militarismus und Reaktion, gegen die Ausbeutung der Arbeitenden durch die kapitalistische Gesellschaft, f'ur den revolution'ren Sozialismus ruft wir

Die Berliner Arbeiterschaft

zum Kampf auf. Wir wollen den 1. Mai

durch geschlossene Arbeitsruhe

zu einer Kundgebung gestalten, die zeigt, da' die Arbeiterschaft gewillt ist, mit machtvoller Einigkeit und r'cksichtsloser Ent-schlossenheit

f'ur den revolution'ren Sozialismus zu k'mpfen.

Die Schande der Kriegsgerichte.

Die Regierung f'ur die Todesstrafe.

Die weichen Korden der Regierung haben im Ruhrgebiet f'urchterlich gesauft und was von ihnen auf dem Wege des ab-gef'rzten Verfahrens — Standgerichte, Erschie'u'en auf der Flucht — nicht erledigt werden konnte, das wird jetzt von den au'herordentlichen Kriegsgerichten mehrheitlich vollendet. Die Regierung, die im Sinne der mili-t'rischen Befehlsgewalt, wagt gegen die Schonherrsch'ft der Soldaten, die sich im Ruhrgebiet fast ausnahmslos aus von Hoch-verr'tern, Eidersch'ern und M'rdern gebildeten Truppen zu-sammensetzt, nicht vorzugehen. Sie m'chte es in ihrer Hilflosig-keit aber auch mit den Arbeitern nicht gong werden und er-l'bt daher jetzt eine Veranlassung, in der sie erf'rt, da' die an der Abwehr des Rapp-B'ufches beteiligten Arbeiter nicht verfolgt werden sollten. Staatsanwaltschaft und Milit'rb'rh'ben d'rfen eine diesbezugliche Anweisung erhalten, welche keine Stra'f'e dar'ber hinaus ohne jedoch nicht vorgeschlagen werden.

Damit gibt die Regierung also kund, da' die Milit'rb'rh'ft die Oberherrsch'ft 'ber sie gewonnen hat. Sie we'ht ganz genau, da' die Anweisungen, die sie an die Gerichte gegeben hat, von diesen nicht befolgt werden und da' die Kriegsgerichte ganz wahllos alles beurteilen, was an der Abwehr des Rapp-B'ufches irgendwie beteiligt war. Sie erkl'rt die Kriegsgerichte, diese Institutionen des 14. Jahrhunderts, aus-dr'cklich als zu Recht bestehend und hebt wie zum Hohne auf jedes Rechtsempfinden noch ausdr'cklich hervor, da' auch die Standgerichte nicht aufgehoben werden sollen, da' sie nach wie vor Todesurteile verhangen k'nnen.

Die Regierung ist also f'ur Beibehaltung der milit'rischen Schreckensherrsch'ft und sie soll daher nicht glauben, da' ihr Erfolg im Ruhrgebiet irgendeine Ver'rtigung ausl'sen k'nte. Im Gegenteil, er wird die Erbitterung der Arbeiter 'ber den Unhand der Regierung im ganzen Reich ma'los steigern, und das um so mehr, als sie gegen die milit'rischen Verbocher am deutschen Volke nichts unter-nimmt, sie vielmehr in besser bezahlte Stellen lockieren l'st, w'hrend die Arbeiter, die ihr die besonnenen Regierungsf'elr widerer freim'chtig haben, mit Todesstrafen, Zuchthaus und Ge-f'ngnis bestraft werden.

12 000 Mark Versicherungsgrenze.

Nachdem am Freitag die Nationalversammlung sich f'ur die K'ffhebung der Krankenkassenversicherung ausgesprochen hat, in der die Versicherungspflicht bis auf Einkommen von 20 000 R. hinausgehrt wurde, hat die Regierung dem Reichstag eine neue Verordnung vorgelegt, worin die Versicherungsgrenze auf 12 000 R. wieder eingeschr'nt und eine Begrenzung f'ur den Grundlohn auf 24—30 R. festgesetzt wird. Der Reichstag nahm die Regierungs-urkunde an.

Die Zeitfreiwilligen r'ufen.

Die Regierung hat die Aufhebung der Zeitfreiwilligen und der Einwohnerehren angeordnet. Von den Herrschaften denkt aber niemand daran, die Waffen abzugeben und die Organisationen aufzul'sen. Im Gegenteil, es wird munter weiter gef'rtet. Die Einwohnerwehren erlauben sich heute noch, Mitglieder aus-zuschließen, die am 13. M'rz den Rapp-B'ufch nicht aktiv unterst'utzten. Zu gleicher Zeit eine lebhafte Propaganda entfalteten, um m'glichst viele reaktion'ere Elemente zum Re-entritt in die Einwohnerwehren zu veranlassen. Es scheint eine Zentrale vorhanden zu sein, die den Einwohnerwehren bestimmte Direktiven erteilt und sie auffordert, den Befehlen der Regierung keine Folge zu leisten.

Die lebhafteste Propaganda zur Aufr'ftung entfalteten aber die Zeitfreiwilligen. Sie vers'chten gegenw'rtig wieder an alle auffindbaren Offiziere Verbocher zu schreiben. Dabei wird nach wie vor die Post um das Parteibeschwindelt. Der ganze Schriftverkehr geht unter 'beresche, womit die Herrschaften alle dokumentarisch bekunden, da' sie keine Einwirkung der Zivilbeh'rden sind, sondern unter milit'rischem Kommando stehen. Waffenversteckungen werden angedeutet vorgekommen. Auch das ist nur m'glich durch die Mitwirkung milit'rischer Dienststellen. So wurde in den letzten Tagen vom K'nhalter Bahnhof aus eine gro'e Kiste mit Waffen nach Dresden an das dortige Zeitfreiwilligen-Regiment bes'ndert. Die Kiste wog 140 Kilogramm, kam vom Artillerie-Depot Spandau und war von dem Oberschir-meister H'hnel abgeschickt worden.

Wir erleben also bei den Zeitfreiwilligen und den Einwohnerwehren das gleiche Schicksal wie bei der Reichswehr. Die An-ordnungen der Regierung werden einfach sabotiert. Die mili-t'rische Reaktion ist obenau'. Sie l'uft zu neuen Schl'gen und baut eine Organisation der Gegenrevolution auf, die besser und gewertl'figer arbeiten wird als am 13. M'rz.

Der Proze' Hiller.

Am kommenden Donnerstag findet vor dem Gericht das f'hrere dritte Vernehmungsprotokoll im K'mpf gegen den Oberleutnant Hiller statt, der, wie nach erinnerlich, sich im Dezember vorigen Jahres vor dem Berliner Komman-danturgericht wegen M'rderschl'gung untergeordnet, insbeson-deres wegen M'rderschl'gung mit w'lichem Ausgang im Falle des

Garbef'hrers Helmke, zu verantworten hatte. Das Urteil lautete in erster Instanz im ersten Wochenspruch 1928. h'ft wegen M'rderschl'gung untergeordnet in zwei F'llen, w'hrend im Falle Helmke auf Freisprechung erkannt wurde. Gegen diese Entscheidung hat der damalige Kommandant von Berlin Be-rufung eingelegt. Die Berufung erl'ndete sich aber nicht auf die M'rderschl'gung mit w'lichem Ausgang im Falle Helmke, sondern lediglich auf vorf'hrliche Behandlung des H. Das f'ur-sprechende Urteil hinsichtlich der M'rderschl'gung mit w'lichem Aus-gang ist rechtskr'ftig. In der Berufungsbehandlung ist au'ch den in erster Instanz vernommenen Zeugen noch eine gro'e Zahl weiterer Zeugen geladen, die sich entweder selbst gemeldet oder von den Angeh'rigen benannt worden sind. Da mehr als 40 Zeugen zu h'ren sind, wird die Verhandlung voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

Der Streik der Wiener Industriearbeiter ist am Montag beauflegt worden. Die Arbeit soll am Mittwoch wieder aufge-nommen werden.

Gewerkschaftliches.

Das Austragen der Zeitungen am 1. Mai und an den Montagen.

Auf Grund vielf'rtiger Anfragen aus den Bezugskreisen der verschiedenen Berliner Zeitungen gibt die Branchenleitung und Beauftragten der Zeitungs-Austrage-Personale nachstehendes bekannt: Durch die Verhandlungen 'ber die Lohn- und Arbeits-beingungen f'ur das Zeitungs-Austrage-Personal mit den Gro'e-s'ndlichen Zeitungsverlegern tritt ab 1. Mai d. J. der Fortfall des Austragens der Montag-Morgenausgaben in Kraft. In R'cksicht auf die in diesem Jahre bestehenden Verh'ltnisse im Zeitungs-gewerbe zeigt das Zeitungs-Austrage-Personal folgendes Entgegenkommen: Die zum 1. Mai in allen Berliner Verlags-firmen erscheinenden Morgenausgaben werden an die Abonnenten ausgetragen. Durch die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai es-scheinen am Nachmittag und Sonntag, den 2. Mai, Morgens keine Zeitungen. Durch den Ausfall dieser Ausgaben verpflichten sich die Zeitungs-Austrage-Personale in R'cksicht auf die Abonnenten und nach Verhandlung mit den Zeitungsverlegern, die am Montag, den 3. Mai erscheinende Montag-Morgenausgabe aus-zutragen, w'le auf die Abonnenten zu bestellen. Am Montag, den 10. Mai, kommt das Austragen der Montag-Morgenausgabe in Kraft. Die Branchenleitung und Beauftragten des Zeitungs-Austrage-Personals des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes

Mittelstandsarbeiter, K'ntler und Arbeiter Berlin und Umgegend. Allen Kollegen zur Kenntnisnahme, da' in einer sehr kurz besuchten Vollversammlung, welche am Sonntag, den 25. April, tags, beschlossen wurde, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und den Tag als Feiertag zu betrachten.

Die Feiertagsfeier am 1. Mai in der Berliner Arbeiterbewegung muss es sein: die Arbeiter der Berliner Arbeiterbewegung m'chten sich mit 0,85 Mark Stundenlohnverh'ngung be-gn'gen, w'hrend der anderen st'ndlichen Arbeiter 1,20 bis 1,50 Mark ausbezahlt wurden.

Die Betriebsratszentrale teilt mit, da' im Laufe des heutigen Vormittags durch Umlegung der Telefonanschl'sse zeitweise keine Verbindung hergestellt werden kann. Wir machen darauf auf-merksam, da' die Betriebsratszentrale n'herzu unter dem Nummer Wochen 1787 und 1708 zu erreichen ist.

Gro'berlin.

Die Hausbesitzer gegen die H'chstmieteverordnung.

Die Hausbesitzer k'nnen sich immer noch nicht dar'ber be-rufen, da' ihnen durch die H'chstmieteverordnung des Gro'e-Berliner Wohnungsverbandes das Recht auf unbefristete Aus-w'nderung der Mieter genommen ist. Am Sonntag letzte der Bund der Gro'e-Berliner Grundbesitzervereine eine Versammlung ein-berufen, die gegen die Verordnung von neuem einen Vorsto' machte. Sowohl der Bundesvorsitzende, Stadtwirtschaftler Hade-berg, wie auch Stadtrat Wegge gr'iffen den Versuch der Ver-s'rfung aus, der die Verordnung rechtskr'ftig gemacht hatte, scharf an. Das Recht werde aus R'cksicht vor der Stra'e gebeugt und noch dazu von einem Oberverwaltungsgericht. Die Ver-ten, die diesen unzul'nglichen Vorsto' erhoben, haben nie etwas dagegen eingewandt, wenn das Recht zugunsten der Bestehen-den gebeugt wurde. Auch ein Professor, Herr von der W'rgt, erhob den Vorwurf, da' zugunsten der Arbeiter Klassenpolitik ge-trieben werde. Die Argumente l'ndeten. Wenn derartige Empfin-dungen echt sind, kann man nur hoffen, da' die vor der Revolution ge-triebene Klassenpolitik man so legen, da' die damals vorgezogenen die geringen Fortschritte in Bezug auf Gleichberechtigung gar nicht begreifen k'nnen, so sehr hatten sie sich daran gew'hnt, da' der Staat nur f'ur sie spreche.

Die hochgehenden Wogen der Verlesung versuchte Herr Regierungsrat K'gler vom Wohnungsministerium das be-ruhigende Erkl'ren zu gl'cken. Auch Kommerzienrat H'be-stein verho'rte der Versammlung, da' die Regierung den Haus-besitz nicht ruinieren wolle. Er forderte die Hausbesitzer auf, ein-m'utig zu den Wahlen zu gehen. Tischlermeister Ritsch forderte, da' eine Deputation zum Oberb'rgemeister geschickt werde, die ein Ultimatum, bis zum 10. Mai bestimme, anbringen w'rdet und fordern solle, da' wenn nicht 45 Proz. Zustimmung gew'rtet werden, die Hausbesitzer keine Protesten mehr stellen, keine Schren-amer aus'ben und die Abgaben sowie die Zahlung von Gas, Wasser und Elektrizit'at einstellen werden. (G'w'rtliche Beif'el).

Am Schluss der Versammlung wurde eine Entschlie'u'ng an-genommen, in der es u. a. hei't: Der organisierte Gro'e-Berliner Hausbesitz erhebt auf das energichste Einspruch gegen das un-gew'rtliche (7) Vorgehen des Potsdamer Bezirksauschusses. In letzter Stunde erl'nden die Gro'e-Berliner Hausbesitzer den Wohlf'hrungsminister nachmals, seine Verordnung anzuh'ben und damit den Potsdamer Bechluss zur Vermeidung einer Katastrophe sofort au'her Kraft zu setzen.

Wie man sieht, veransch'nen es auch die Herren Hausbesitzer, die sich stets als die f'hrten St'ben der Ordnung bezeichnen, nicht, mit den k'rtlichsten Tr'ndungen vor die Regierung zu treten. Die Mieterschaft wird gut tun, sich kr'ftig zur Wehre zu setzen, sonst kann es passieren, da' die Regierung doch noch nachgibt und den Hausbesitzern den Weg zur schmerzlosen Mietsteigerung freil'gt.

Unsch'ndig Blut

Ins wird von einem Leser berichtet: Am 19. 4. 20, mittags 12 Uhr, passierte ich die Wilmers-dorfer Stra'e in Charlottenburg. Wie ich von links nach rechts 'ber den Baum ging, lie' ich mich pl'tzlich 'berfallen von einem Mann, der mir 50 Meter vor dem mir vorbei in der Richtung links. Pl'tzlich trafen mich zwei Sch'isse, die mich sofort t'eten. Am Ende der Stra'e Kaiser-Friedrich- und Wilmersdorfer-Stra'e wurde ein harmloser Soldat in den Ha'rt getroffen. Der Ma-rsche wurde dann einige 100 Meter in der Wilmersdorfer-Stra'e fortgef'rt, als der vermeintliche M'rderschl'gung von der schneidenden Menge bedrohten und von einigen Besonderehanden, etwas f'urh'rteten Anwesenden verhaftet.

W'rtlich gab der Beamte zu, da' er geschossen habe und nicht der M'rderschl'gung. Was sich das Publikum davon ab den M'rderschl'gung an treten. Samen k'nnen sich zur Verh'ngung

